

37. Sitzung vom 3. Mai.

Die Wahrheit ist aber die: bei der directen Steuer muß der Contribuente alle Monate oder alle drei Monate seine Contribution entrichten; wenn er aber sein Brod und sein Petroleum versteuern muß, dann muß er an jedem Morgen und jedem Abend unweigerlich seine Steuer entrichten oder er kann nicht existiren. (Sehr richtig.) Viel bedeutsamer aber ist die Fülle der Versprechungen, die über uns ausgegossen werden, wobei absolut jede Erklärung dafür fehlt, woher denn die künftigen Einnahmen gezogen werden sollen. Es sind so vielen Schichten der Nation Vortheile versprochen, daß ich mich frage, wer bleibt übrig, um alles das zu bezahlen? Uebrig bleibt schließlich nur eine Anzahl Einwohner mit mehr als 6000 Mark fundirtem Einkommen, welches die Last der vielen Millionen zu tragen hat, die in Zukunft für das deutsche Volk als Gnadengeschenk bestimmt sind. Wie man sich das in Zahlen übersehen will, ist für mich ein Räthsel und ich habe mit der größten Spannung dem gestrigen Tage entgegengefeuert, der mir die Lösung dieses Räthfels bringen sollte, mich aber nicht um einen Schritt darin weiter gebracht hat. Noch eins ist zu diesem reichen Segen von Versprechungen hinzugekommen, das sind die Beamten. Es ist eigenenthümlich, daß in heutiger Zeit eine Erhöhung der Beamtengehälter nach der Seite ihrer Befreiung von Steuern mit feurigen Buchstaben mit in

Das Programm aufgenommen worden ist, in einer Zeit, wo man doch, ohne ungerecht oder parteiisch zu sein, sagen kann, Niemand ist durch die Evolution der Zeit besser gestellt worden als die Beamten. Wir haben die Beamten und Officiere in der aufsteigenden Periode wesentlich erhöht, zu einer Zeit, wo der Geldwerth bedeutend geringer war als jetzt, und jetzt wird beständig darüber geklagt, daß das Geld im Werthe gefallen und die Preise gestiegen seien und als Krönung des Gebäudes, welches sich auf die Noth der jetzigen Zeit, auf die Wohlfeilheit der Dinge und die Theuerung des Geldes stützt, wird es für nöthig erklärt, den Beamten und Offizieren und den Angehörigen der Armee, die durch ihre Situation einen ganz enormen Vorsprung vor allen Leuten mit variablem Einkommen haben, auch noch eine Erhöhung in Aussicht zu stellen, immer aus den uniditbaren Hilfsmitteln, welche die gestrige Rede des Reichskanzlers nicht aufgedeckt hat.

Das Programm des Reichskanzlers hat noch einen zweiten, für die Wendung in seiner Politik charakteristischen Punkt, ich meine die wesentliche Betonung der agrarischen Aufschauungen. Eine treffende Definition dieser Aufschauungen zu geben ist ja schwer. Früher war die Partei hier im Hause sehr wenig vertreten und ihre Vertreter außer dem Hause hier sehr wenig beliebt. Ihre Führer in der Journalistik gehörten zu den Verleumdern des Reichskanzlers und mußten vor seiner Verfolgung in das Ausland gehen. Die Ausgangspunkte der ersten agrarischen Bewegungen waren innig im Zusammenhange mit der socialistischen Vertreter und einer ihrer Hauptvertreter, Dr. Rudolf Meyer, verförperte beide Anschauungen in sich. Jetzt natürlich hat sich eine Scheidung vollzogen, da wohl in der agrarischen Partei, nachdem sie reichsfähig geworden ist, sich socialistische Elemente nicht mehr finden werden, obgleich in Blättern draußen auch noch Spuren dieser Socialität zu erkennen sind. Für denjenigen, der in der gestrigen Rede des Reichskanzlers ein so starkes agrarisches Element entdecken konnte, ist es höchst begreifend, daß die historische Entwicklung dieser Partei auf die socialistisch-agrarische zurückgreift. Anklänge an die agrarisch-socialistische Literatur, an Laffalle und Rodbertus waren in der gestrigen Rede des Reichskanzlers für jeden Kundigen erkennbar und auch nicht zu vermindern, da er ja nach seiner Erklärung für Productivassocationen mit Staats-hilfe empfänglich ist. Ich war in Folge dieser Erklärung auch ganz darauf gefaßt, in seinem neuen Programm eine starke Vermischung socialistischer Elemente zu finden, und ich zweifle nicht, daß auf die Durchführung des heutigen Programms Maßregeln von diesem Charakter entfallen folgen werden. Ein Mann wie Fürst Bismarck, mit seiner starken Empfindung für das, was der öffentlichen Meinung schmeichelt, wird nach einer Zolpolitik, die wesentlich im Interesse der höheren, reicheren Klassen der Nation ist, sobald ihre Wirkungen zu Tage treten, nicht umhin können, wieder ein Gegengewicht nach unten zu suchen, und nachdem er einmal dafür eingetreten ist, daß die Staatsweisheit im Stande ist, mit Wohlfeilheit in das Getriebe der Ernährung und Geschäftigkeit der Nation einzugreifen, wird er sich verpflichtet fühlen, auch in der Theilung der Vermögen, des Einkommens und des Besitzes im socialistischen Sinne einen Schritt zu wagen. Ich will das erklären, um eintretenden Falls nicht zu den Ueberraschten zu gehören.

Der Reichskanzler will die Einkommensteuer wesentlich auf das große kapitalistische Vermögen basiren. Ich hätte nichts dagegen, wenn auf diese Weise das Reich seine jetzt schon 540 Millionen betragenden Budgetkosten decken könnte. Hier ist aber offenbar eine Illusion mit eingelaufen, wie sie in den socialistischen Theorien liegt. Man stellt sich vor, daß das Vermögen der Nation in den oberen Reichtumsklassen wesentlich concentrirt sei, bei deren richtiger Besteuerung allen Schmeizern geholfen sei. Damit steht freilich der Zolltarif des Reichskanzlers im schreiendsten Widerspruch, denn mit indirecten Steuern wird man nicht wenige Reiche treffen können, sondern man trifft damit die Masse der Bevölkerung in unserem im Verhältnis zu Frankreich und England so kapitalarmen Lande. Wenn der Reichskanzler in ein künftiges System der Besteuerung, von dem wir jetzt nur die verführerischen Schatten-seiten sehen, eine Schattierung einführen will, die einen Unterschied zwischen Einkommen aus dem Erwerb und dem Capitalgins macht, so ist das ein discutirbarer Standpunkt, und ich bin ganz bereit, auf diesen Boden mitzutreten. Es besteht auch ein solcher Unterschied in der Einkommensteuer schon in Baden und Bayern; in Holland ist diese Frage auf der Tagesordnung. Aber von solchen Reformen kann man eine kleine Concession im Sinne der Gerechtigkeit, dagegen nicht die Erleichterung aller mittleren und unteren Klassen und noch eine freigebigere Versorgung der Einzelstaaten und Communen erwarten. Der Reichskanzler hat ferner die Frage der Rentabilität des Grundbesitzes und Bodens im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Getreidezöllen behandelt. Durch Steuererlässe kann allerdings der Werth des Bodens gehoben und die Lage des Bodenbesizers verbessert werden, so gut wie dies durch Aufhebung von Lehnverpflichtungen, Zehnten, Robotverpflichtungen oder Servituten gescheh; aber eine Veränderung der Getreidepreise kann dadurch nicht bewirkt werden in einem Lande, das wie Deutschland den zehnten Theil seiner Getreidebedürfnisse vom Auslande bezieht, und wie der Abg. Reichenberger richtig ausführt, immer mehr bestimmt ist, Industrieland zu werden. Hier hängt der Preis des Getreides nicht von dem Verhältnis der Bodenrente zum Capital, sondern von den Getreidepreisen des Weltmarktes ab.

Sie mögen die richtige Würdigung der neu geschaffenen Werthverhältnisse Kosmopolitismus nennen, das wird mich nimmer dazu bestimmen, die Dinge anders anzusehen, als sie wirklich sind. Die moderne Civilisation beruht darauf, daß der entfernteste Continent mit seiner größeren Leistungsfähigkeit in den Kreis der Bedürfnisse der civilisirten Nationen hereinbezogen wird, und das erste Resultat dieser Aenderung, das wir Alle mitbewirkt haben, ist, daß die Versorgung der Nationen mit Lebensmitteln durch den Weltverkehr geschieht und immer mehr geschieht wird, und ich begreife nicht, wie man sich in der Verkenntung der Verhältnisse so weit von der Thatsache treiben lassen kann, daß man durch Steuererlässe hieran etwas ändern zu können glaubt. Der Reichskanzler selbst sagt, daß seitdem die Eisenbahnen nach Ausland gehen, ein unerwarteter Segen sich in den russischen Hinterländern entwickelt hat, die nun das Getreide über Europa ausschütten. Nun glaubt er vielleicht, daß es in der Entwicklung der Welt liege, daß diese Eisenbahnen nicht gebaut werden, oder daß die gebauten nicht dazu dienen sollen, die Producte dieses Landes nach Gegenden zu tragen, wo sie mehr Werth haben, als zu Hause, wo sie auf dem Halme verkauft werden können? Ich begreife wirklich nicht, wie man sich so verstellen kann. (Lachen rechts.) Ich begreife wirklich nicht, wie man behaupten kann, die Ernährung der jetzigen Nationen, namentlich der mit hochentwickelter Industrie sei denkbar mit Abstraction von allen Zuständen, welche unser ganzes Verkehrssystem und das Colonisationsystem der neuen Welt geschaffen hat. Wir haben den Amerikaner, selbst von Westwegen, Geld für die Eisenbahnen geborgt, die Invaliden haben ihr Geld angelegt in russischen Fonds, die dazu bestimmt waren, Eisenbahnen zu bauen, und wenn diese Eisenbahnen uns jetzt Getreide zuführen, so wundern Sie sich, daß wir den Wohlstand jenes Landes verbessern und den Vorrath an Getreide bei uns vermehren. Ich habe es schon in einer früheren Auseinandersetzung gesagt, daß die Frage der Grundsteuer, wenn Sie wollen des Grund- und Bodenbesitzes, in den Bereich der gesellschaftlichen Unternehmung zu ziehen.

Will man aber behaupten, es sei durch die Verschlebung der historischen Verhältnisse allmählig eine Unzulänglichkeit eingerissen, welche die Gemein-schaft als solche auszubessern verpflichtet sei, so muß ich gestehen, eine gesammte Prüfung als solche kann nicht bloß nebenbei als ein Argument in einer ganz heterogenen Materie dienen, wie die Zollgesetzgebung ist. Ich will nicht bestreiten, daß ein ganz Theil Noth auf diesem Gebiet existirt, ja, ich gestehe sogar, ich bin viel mehr von der Wahrscheinlichkeit einer solchen Noth in den Agrarverhältnissen durchdrungen, als in der Industrie (Sehr richtig! links) und ich bin viel eher geneigt, die Verhältnisse des Grund und Bodens, wie sie durch die moderne Entwicklung geworden sind, in Prüfung zu ziehen, als die Verhältnisse der Industrie, aus dem einfachen Grunde, m. S., weil die Industrie mit dem Jahrhundert mar-schirt und wahrscheinlich stärker geworden ist, der Grund und Boden aber, von dem Jahrhundert überflügelt, zurückgeblieben und schwächer geworden ist. (Dol.) Aber, meine Herren, es mögen nun Ueberbückelungen im großen Maße existiren, viel hat die eigentümliche Verschaffenheit der hinter uns liegenden 70-jährigen Periode dazu beigetragen. Auch müßte zunächst festgestellt werden, wie das Verhältnis des Ertrages der Rente zum Capital in Wirklichkeit durchschnittlich beschaffen ist. Denn wenn selbst durch unabwendbare Verhältnisse viele Güter mit Schulden belastet sind, so beweist dies noch nicht die Pflicht des Staates zur Verrückung derselben. Sollte sich aber gar herausstellen, daß im Preise des Grund und Bodens eine unverhältnismäßige Steigerung in der abgelaufenen Periode stattgefunden hat, so würde ich mich doch zu fragen haben, hat wirklich die Gegenwart einzu-sehen für Preisbewegungen, die, sei es in der Nothwendigkeit, sei es in den Illusionen einer vergangenen Periode gelegen haben?

Meine Herren, diejenigen, die namentlich mit den Grund- und Boden-Verhältnissen unserer östlichen Provinzen vertraut sind, wollen erzählen, daß in den Jahren 1870-1875 eine eben so starke Steigerung beim Ankauf in den Güterpreisen stattgefunden hat, als in den Häuserkäufen und in den Käufen von Eisenmaterial (Widerpruch), diejenigen, die als Notare fungirt, haben mir mitgetheilt, daß es ihnen vorgekommen ist, als ob dasselbe Gut im Laufe weniger Jahre mit 10, 20, 40, ja mit 100 Procent

mehr verkauft worden wäre, als es wenige Jahre vorher gekauft sei. Wenn dies der Fall, könnte die Industrie mit Recht fragen, warum soll die Mehr-Steigerung der Preise, die in der Periode begründet lag, von mir getragen werden. Aber, meine Herren, wir dürfen das Zurückgehen der Bodenrente überhaupt in allen Culturstaaten nicht außer Acht lassen. Das ist ja eine Erscheinung, die unermesslich mit der Entwicklung einer finanziellen Reichthumssteigerung verbunden ist. Der Güterbesitz, ich meine den großen Grundbesitz, gehört, weil wenig rentable, zu dem vornehmsten. Und nun fragt es sich: sind nicht vielleicht in den einzelnen Theilen von Deutschland mit den Einkünften der Güter noch Vorstellungen verbunden, die mit dieser Evolution einer modernen Zeit, in der wir allerdings Industriestaat geworden sind, nicht mehr passen? Ich behaupte, das ist ganz entschieden der Fall. Wenn ich höre, daß viele dieser Güter mit Hypotheken belastet sind, in der Mehrzahl wahrscheinlich über 5 Procent, so frage ich mich, ob man in den Provinzen davon ausgeht, daß es haltbar sei, bei der progressiven Entwicklung der Industrie und des Mobiliarreichtums die privilegierte Stellung des Grundbesitzes dadurch zu sichern, daß er, wie früher 5 oder mehr Procent dem Besitzer eines großen Arealen geben muß? Meine Herren, diese Erwartung ist eine Täuschung. Noch stärker tritt diese beim Waldbesitz hervor. In Belgien oder Frankreich z. B. verspricht sich der Privatbesitzer eines Waldes nicht mehr als 1 Procent Rente, höchstens 1 1/2 Procent.

Wenn der Herr Reichskanzler an das Mitgefühl des deutschen Reichstages für die armen östlichen Provinzen appellirt, so wird er ein williges Olyer finden. Aber befremdend muß es sein, daß dieser Appell für die Bedürfnisse dieser Provinzen sich in derselben Gesellschaft befindet, wie ein Zoll- und Handelsystem, von dem sämmtliche östliche Provinzen behaupten, daß es ihre Existenz an der tiefsten Wurzel anfaßt. (Sehr wahr! links.) Zu den räthselhaftesten Widersprüchen der Tarifpolitik des Herrn Reichskanzlers gehört namentlich, daß er den ganzen Verkehr, von dem die östlichen Provinzen leben, zu zerstören bereit ist und nichtsdeshalb weniger für eine Erhebung von Steuern, die künftig als Grundsteuererläß in ihren Ueberflüssen verwendet werden sollen, unsere Sympathie für diese Ostprovinzen in Anspruch nimmt. Meine Herren, die Ostprovinzen sind derselben Ansicht und wenn man ihnen vorwirft, daß sie ihre Interessen nicht verstehen, so bin ich ein solcher Theoretiker, daß ich glaube, die Einwohner der Ostprovinzen wissen besser als die Verfasser von Motiven eines Gesetzentwurfes, was ihren Interessen frommt. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler hat bei seinem Uebergang von der Finanzpolitik zur Zollpolitik die große Frage der wider-streitenden Principien beseitigt, hat aber mit überraschender Harmlosigkeit so gesprochen, als ob man allseitig darüber einig sei, daß die Schutz-zollpolitik das einzig richtige sei. Er hat dabei geschickt ein Captivitätswort benutzt, das ich in seiner Substanz willkommen heiße, indem er sagte: Schutz-zöllner sind wir ja alle. Das ist nicht richtig, aber die Gegner der neuen Tarifpolitik sind praktische Leute, die sich auf dem Boden der gege-benen Thatsachen bewegen. (Aha! rechts.) Der Abg. Delbrück, ich und unsere übrigen Gesinnungsgenossen — denn ich behaupte im Gegentheil zum Abg. Reichenberger, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, daß in allen essentiellen Dingen die Ansichten des Abg. Delbrück sich mit den unsrigen decken — sind der Ueberzeugung, daß wir seit Jahren wie heute den status quo verheißigen, wiewohl wir durch namenlose Angriffe und Verleumdungen in der öffentlichen Meinung als Anführer und festerliche Neuerer dargestellt werden. Der Reichskanzler hat die Sünden seiner Gegner durch das Wort charakterisirt, daß sie für den Freihandel aus dem überlieferten deutschen Idealismus eintreten. Sie haben gestern einen solchen Marquis Hofa von Idealisten in der Gestalt des Abg. Delbrück zwei Stunden lang gehört (Heiterkeit) und haben ersehen können, wie sehr die Freihändler auf dem Boden des bloßen Theoretisirens stehen und die praktische Erfahrung und Sachkenntnis auf Seiten der Regierung ist. (Sehr gut!)

Viele unserer Kollegen haben diese Rede bemängelt, weil sie der Special-discussion vorgegriffen habe. Ich bin ganz entgegengesetzter Meinung. Hätte der Abg. Delbrück geschrien nur gesagt: Die Arbeiten der Tarificom-m

1868 im Zollparlament und im Reichstage große Reden besonders von Schützern über die Unmoralität der Exportbonification hören müssen, namentlich der Frankfurter, die wir uns nicht gefallen lassen dürfen. Nach den Ausführungen Delbrücks steht nun fest, dass wenn wir wirklich nur in Producenten und nicht in Consumenten den Zweck des Lebens sehen, zur oberflächlichsten Auslegung des unsern Export durch Schützölle zu gestügten Schadens eine unübersehbare Reihe von Exportbonificationen einführen müssten. Aber z. B. alle gemischten Gewerbe, der größte Theil unserer Industrie, entziehen sich dem System der Exportbonificationen; der Schaden ist also nicht ganz gut zu machen. Sie schaden aber mit den Exportvergütungen der inländischen Production von Nothstoffen. Jetzt verbraucht unsere Industrie z. B. für einen großen Theil des Exportis inländisches Eisen. Bei Exportbonificationen für Waaren aus schottischem Eisen wird das Geschäft daraus einen solchen Vortheil zu ziehen wissen, dass man das schottische Eisen bevorzugen wird. (Sehr richtig! links.) So kam zum Schaden der französischen Hüttenbesitzer nach Frankreich in Folge der dortigen Exportbonificationen viel deutsches Roheisen. So schlägt ein falsches System sich selbst auf allen Wegen und Stegen.

Gegen den Klagenzoll oder eine andere Belastung des Verkehrs, durch welche sie sich wieder an der Gesamtheit rächen könnte, ein Gedanke, über den der Reichskanzler sich noch nicht viel ausgelassen, protestirte hier neulich der allercompetenteste Vertreter der Seefahrt, Herr Meier. Dieser Gedanke hat seitdem mit der jetzt üblichen Schnelligkeit Fortschritte gemacht und sich in einem Briefe des Reichskanzlers an Herrn Mosle entpuppt, in welchem es ihm gelungen ist unter den Gegensätzen der deutschen Interessen noch einen neuen herauszufinden, den zwischen Handel und Schiffsahrt. Es bemerkt sich hier also, dass das Wort unmöglich aus dem Dictionär eines großen Staatsmannes zu streichen ist, denn wir ist ein Gegensatz zwischen Handel und Schiffsahrt unbegreiflich, es sei denn der der Kriegsmarine und der getrennt bei den Regierungen erwähnten Fischerei, und ich möchte wissen, ob Herr Mosle, wenn er diese neue Kurve für die Seefahrt vertritt, sich diesen Unterschied zwischen Handel und Schiffsahrt gefallen lassen wird. Zu diesen Kuren gehört endlich noch eine andere, die jetzt bereits anfängt zu spüren, das ist die Colonialpolitik. Man sollte glauben, die deutsche Nation habe während dieses Jahrhunderts nur Krieg geführt oder sei in ihre Wälder vertrieben gewesen, dass sie von den Erfahrungen anderer Völker nichts wahrgenommen habe, denn sonst würden wir wissen, wie wenig einladend die Erfolge sind, die die Franzosen wie die Engländer mit ihrer Colonialpolitik gehabt haben. Wozu sollen wir überdies Colonien gründen, wenn wir aus ihnen nichts nach Deutschland hereinbringen sollen? Mein Freund Witte hat vorgeschlagen, wir sollten die Ausstellung von Sidney mit Geld unterstützen, aber wenn wir auf unserer jetzigen Politik beharren, dann weiß ich nicht, weshalb wir nach Australien verkaufen wollen, denn Australien wird uns für unsere Waaren Wölle nach Europa bringen und das wird ja für ein Unglück erklärt. Wir thun dann besser, uns ganz und gar mit einer chinesischen Mauer zu umgeben.

Die Reichskanzler hat am Schluss seiner gestrigen Rede den Wunsch ausgesprochen, man möge nur die Tarifvorlage so schnell wie möglich fertig machen, lieber schnell und falsch als lange zögern. Mich erinnert dies an eine Prozedur in der Medicin, die Euthanasie, die den Zweck hat, einen unheilbaren Kranken so schnell als möglich durch sanfte Mittel vom Leben zum Tode zu bringen. Dieses Mittel wird nun auch für die deutsche Industrie vorgeschlagen, deren Lebensfähigkeit Ihnen gestern geschildert worden ist. Dem kann ich nicht beistimmen. So groß die Uebel auch sein mögen, die die gegenwärtige Vorlage über das Deutsche Reich bringt, so wäre es doch ein größeres Unglück, wenn wir uns nicht noch einmal bekümmern, und die Sache noch näher untersuchen, als wenn wir dem Beispiel der Tarifcommission und des Bundesrathes folgten. Ich will mich nicht der Ueberzeugung schuldig machen, zu sagen: der neue Zolltarif werde den ganzen Wohlstand der deutschen Nation ruinieren. Nein, m. S., die Nationen sind zum Glück von der Natur so geschaffen, dass sie viel ausbalancieren können. Das deutsche Vaterland wird auch die Zollpolitik des Fürsten Bismarck überleben, aber wir wollen wenigstens dafür sorgen, dass wir sagen können: wir waschen unsere Hände in Unschuld. Die Zeit wird lehren, wer für das Wohl der deutschen Nation hat sorgen wollen, — die, welche ohne Vorbereitung und Prüfung der sachlichen Verhältnisse nach bloßen Schlagwörtern eine grundsätzliche Veränderung im Handumdrehen herbeiführen, oder die, welche warnen, den geschehenen Schaden der Gegenwart nicht zu verfallen, bis man Zeit gehabt hat, unter besseren Umständen und in richtiger Würdigung die Verhältnisse zu prüfen. (Beifall und Zischen.)

(Schluss folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 3. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Präsidenten des Handelsgerichts in Barmen, Geheimen Commerzienrath von Eyner, daselbst den Nothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Militär-Intendantur-Secretär Mezel in bei der Intendantur der 15. Division den Nothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Landesältesten, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirten von Ederitzberg, aus Barmen, in Kreize Ologan, und dem königlich niederländischen und Großherzoglich medienburg-schwerinschen Consul, Kaufmann Brindman zu Danzig den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Inhaber einer Seilaufstalt für Stotternbe, Emil Denhardt sen. zu Burgsteinfurt den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Schullehrer Johann Müller zu Holzheim im Unterlahnkreise, dem emeritirten Schullehrer Claas zu Sinnheim im Kreise Hanau, bisher zu Driftil im Mainkreise, dem Amtsdiener Bronöl zu Mühlbach, und endlich den Oberfeuerwächtern Floride, Steinbrück, Boigt und den Feuerwächtern Barraas, Cleve, Sandmeyer, Remnik und Kirchhoff, sämtlich von der Berliner Feuerwehr, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Hauptmann Köhler, à la suite des Schleswighen Fuß-Artillerie-Bataillons Nr. 9, commandirt als Gouverneur Sr. Hoheit des Herzogs Johann Albrecht von Medlenburg-Schwerin, die Erlaubnis zur Uelevation des ihm verliehenen Kaiserlich russischen St. Vladimir-Ordens vierter Klasse ertheilt.

Se. Majestät der König hat den bisher im Revisions-Collegium für Landesculturanlagen als Hilfsarbeiter beschäftigten Regierungsrath Baide zum Geheimen Revisions-Rath und Mitglied des gedachten Collegiums ernannt.

Der praktische Arzt Dr. Rosenbach ist mit vorläufiger Befassung seines Wohnsitzes in Hildesheim zum Kreis-Wundarzt des Kreises Marienburg i. S. ernannt worden. — Der Advocat Dr. jur. Müller in Verden ist zum Anwalt bei dem dortigen Obergericht ernannt worden. (A. Anz.)

Berlin, 4. Mai. [Die erste Lesung des neuen Zolltarifes.] — Der Antrag der Nationalliberalen über die geschäftliche Behandlung der wirthschaftlichen Vorlagen. — Die Vorlage wegen Verwaltungsreform des Reichslandes. — Windthorst bei Bismarck. Die Absicht, die erste Lesung des Zolltarifes schon am Dienstag Abend zu schließen, dürfte sich nicht realisiren lassen, denn die Zahl derjenigen, welche den Wunsch bereits ausgesprochen haben, sich bei der Debatte zu betheiligen, ist so groß, dass es viel wahrscheinlicher ist, es möchte noch die ganze nächste Woche (zumal da der Mittwoch ausfällt) bis zur Beschlussfassung über die geschäftliche Behandlung hingehen. Sprechen wollen noch für den Tarif die Abgg. von Bötticher, Graf Udo Stolberg, Dr. Wwe (Bogum), Grad, Schröder (Kippstadt), Mosle, von Kleist-Rebow, Berger und Hammacher. Dagegen wollen sich zum Wort melden die Abgg. Lasker, Richter, Braun, Freiherr von Maßbach, Steller, Sonnemann, Richter (Hagen), Bahlteich, Dechselhäuser und Dr. Brüning. Dabei wird von anderer Seite verbreitet, man werde am Donnerstag bereits in die Berathung der Tabaksteuer und Brausesteuer eintreten. Die schließliche Besprechung der geschäftlichen Behandlung der Vorlagen wird denn auch wohl noch zu umfassenden Debatten führen. Heute haben die Nationalliberalen einen Unterantrag zu dem Vorschlage der freien volkswirthschaftlichen Vereinigung beschlossen, wonach die gesamten Finanzölle, Kasse, Thee, Petroleum u. c. an die Commission verwiesen werden sollen, welche mit Berathung der Brausesteuer befasst wird. — Heute sind die gestern im Bundesrathe beschlossenen Nachtrags-Gläter, betreffend die Reichsbetheiligung an der Ausstellung zu Sidney, die Vertheilung der Matricular-Beiträge und die Erwerbung der preussischen Staatsdruckerei u. s. w. für das Reich an den Reichstag gelangt. Die Vorlage wegen der Verwaltungsreform in Elsaß-Lothringen wird nicht vor dem 15. huj. an den Reichstag gelangen; sie liegt dem Bundesrathe noch nicht vor. In parlamentarischen Kreisen gilt die Ernennung des General-Feldmarschall Freiherrn von

Manteuffel als feststehend, die Ernennung des Unterstaatssecretärs Herzog zum Minister für Elsaß-Lothringen als wahrscheinlich. — Lebhaft wird in Abgeordnetenkreisen das Erscheinen des Abgeordneten Windthorst (Meppen) auf der gestrigen Soiree des Fürsten Bismarck besprochen. Der letztere soll dem Centrumsführer, den man zum ersten Male in einer Soiree des Reichskanzlers bemerkte, einen ungemein freundlichen Empfang bereitet haben. Auch die Abgeordneten Schröder (Kippstadt), Forcade de Biair und Grüttinger vom Centrum gehörten zu den gestrigen Besuchern der Soiree, auf welcher man übrigens auch den Minister Hobrecht und den Abgeordneten Delbrück bemerkte.

[Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung] hält unter dem Vorhise des Herrn Dr. Schulze-Delisch ihre diesjährige Generalversammlung am 9. und 10. Juni in Danzig ab mit der nachfolgenden Tagesordnung: 1) Bericht des Centralausschusses über die Thätigkeit der Gesellschaft im Jahre 1878. Erstattet durch den Generalsecretär Herrn Julius Lippert (Berlin). 2) Rechnungslegung durch den Schatzmeister Herrn Dr. Hammacher (Berlin). 3) Neuwahl des Central-Ausschusses der Gesellschaft. 4) Wahl der Rechnungsrevisoren für 1879 und Berathung von Statutenänderungen. 5) Das Vereinswesen in seiner Bedeutung für das Volksleben. Referent: Der Vorhise Herr Dr. Schulze-Delisch. 6) Die Auswahl der Vortragstoffe und die an die Vorträge in den Bildungsvereinen zu stellenden Anforderungen. Referent: Herr Dr. Streibitz (Neustadt); Correferent: Herr Julius Lippert (Berlin). 7) Wie sind Fortbildungsvereine auf dem platten Lande zu organisiren und diesen und deren Einrichtungen einen festen Bestand zu geben? Referent: Herr v. Bussow auf Großpeterow. 8) Die Einrichtung öffentlicher Volksbibliotheken und die Organisation zu einem systematischen Vorgehen in dieser Richtung. Referent: Herr A. Klein (Danzig). 9) Einfluss der Bildungsvereine auf die Volksebene. Referent: Herr A. Lammers (Bremen).

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Die vom 26. April 1879 datirte Nr. 17 des dritten Jahrganges der in Genf erschienenen und von J. Ph. Becker redigirten periodischen Druckschrift: „Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs“. Die Nummern 4 bis 7 der in Leipzig erscheinenden periodischen Zeitschrift: „Deutsches Wochenblatt“, sowie das fernere Erscheinen der gedachten Zeitschrift.

Provincial-Beitung.

B. Breslau, 5. Mai. [Selbstmord.] Sonnabend Abend 9 1/2 Uhr ertönte im Haus Nr. 22/23 ein Schuss. Vertheilende Nachbarn fanden den Leichnam eines Mannes; der Tode war anständig gekleidet, nach der Mähe zu urtheilen, hatte der Verstorbenen zu dem Fahrpersonal der Oberschlesischen Eisenbahn gehört. Ein Terzerol, welches die Rechte des Mannes frampfhaft umschlossen hielt, ein Beutel mit Pulver und Schrot, der sich in den Taschen des Leichnams vorfand, ließen es außer Zweifel, dass hier Selbstmord vorlag. Bald wurde der Tode recognoscirt. Es war der 42-jährige alte Bremser der Oberschlesischen Eisenbahn Louis Th. derselbe war im erwähnten Hause bei seiner Schwester auf Besuch gewesen. In großer Aufregung und theilweiser Angeruntheit richtete Th. die Waffe nach der rechten Schlafengegend; der Schuss zerschmetterte den Hirnhäut. Th. wurde später auf einer Trage nach seiner in der Bohrauerstraße gelegenen Wohnung geschafft. — Außerdem hören wir, dass sich gestern Mittag 2 Uhr im Scheininger Park ein junger, anscheinend dem Kaufmannsstande angehöriger, Mann gleichfalls durch einen Schuss in den Kopf tödtete. Man fand in seinen Taschen noch ein Baarvermögen von — 2 Pf. vor.

H. Gaiuan, 2. Mai. [Fahrt und Viehmarkt.] Der gestern abgehaltene Viehmarkt war weit zahlreicher besucht, als dies gewöhnlich beim Maimarkt zu sein pflegt, und wehte auch kein Mailasterl, denn es hatte in der vorangegangenen Nacht stark gefroren, so blieb es doch den Tag über sonnig und trocken. Es waren wohl gegen 800 Pferde und ebenso viele Stück Rindvieh zum Verkauf gestellt. Unter erstern waren neben starken, tüchtigen Ackerpferden, durch die Großhändler ungewöhnlich viele edle Hösse aufgetrieben, während diejenigen, welche in den Ställen der Gasthöfe zurückgehalten worden gleichfalls waren, weit über hundert betragen haben dürften; darunter auch Zhiere, für welche pro Paar 1500—2100 Mark gezahlt wurden. Ebenso wurden Milchkühe zu hohen Preisen, 300—360 M., bezahlt und vielfach nach Sachsen verladen, während Mastvieh, auserselene, schwere Waare, wenig Ausrüst, auch dieses Mal zumeist Berlin zugeführt wurde, und gegen dreißig beladene Viehw

